



Dietmar Danz
✉ Nußbaumstraße 44
53359 Rheinbach
☎ 02225 7089682
@ info@dietmar-danz.de
🏠 www.dietmar-danz.de
f facebook.com/
Dietmar Danz

Rede anlässlich der Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 mit Haushaltssicherungskonzept 2019 - 2021 am 12.04.2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

der ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag Peter Struck hat einmal gesagt, dass kein Gesetz das Parlament so verlasse, wie es von der Regierung eingebracht wurde. Er hatte im Grundsatz Recht. Aber er kannte nicht die Ratsfraktionen von CDU und FDP im Rheinbacher Stadtrat. Die CDU geführte Verwaltung legt den Entwurf eines Haushaltes vor und ohne jede inhaltliche Änderung wird das Zahlenwerk ritualmäßig von beiden haushaltstragenden Fraktionen durchgewunken. Keine inhaltliche Akzentsetzung, nur positives Abnicken. Wir werden es gleich bei der Abstimmung erleben!

Zu Beginn meiner Rede möchte ich einen kleinen Rückblick auf das Jahr 2017 wagen, denn die Ergebnisse der Arbeit der Vorjahre sind Voraussetzung für unsere Entscheidungsgrundlagen im Haushalt 2018.

Es ist unsere Aufgabe, einen Haushalt, ein Haushaltssanierungskonzept und einen Stellenplan zu verabschieden, der den gesetzlichen Anforderungen entspricht. Eine Aufgabe, die zunehmend komplexer wird, nicht nur auf Grund der Fülle der zu bearbeitenden Daten, sondern auch weil Einnahmen- wie Ausgabenfelder sich permanent bedingen, ergänzen oder ausschließen.

Da fällt der Blick zuerst auf die nordrhein-westfälische Landtagswahl im Mai 2017. Rot-Grün wurde deutlich abgewählt und nun stellen CDU und FDP die neue Landesregierung. Was haben wir Sozialdemokraten uns nicht alles anhören müssen, weil die alte Landesregierung die Kommunen angeblich finanziell nicht ausreichend unterstützte. Lebhaft, auch von diesem Platze aus, hat der finanzpolitische Sprecher der CDU-Ratsfraktion seine finanziellen Forderungen an die rot-grüne Landesregierung formuliert. Und jetzt: Nur leichtes kritisches Säuseln und Murren.

Als finanzpolitische Wohltat wurde die Abschaffung des sogenannten Kommunal-Soli, der Abundanzumlage, gefeiert. Richtig ist: Rheinbach profitiert davon – orientiert am Planansatz von 2017 – mit rund 100.000 Euro. Richtig ist aber auch, dass die bisher von den Kommunen aufgebrauchten Mittel nun über die gesamte Verbundmasse des Gemeindefinanzierungsgesetzes auszugleichen sind und deshalb im Ergebnis über alle Kommunen entsprechend weniger an Zuweisungen ankommt.

Und bei den Kommunen kommt unter der neuen CDU/FDP-Landesregierung inzwischen finanziell deutlich wenig an. Ich will nur drei Stichworte nennen, die Sie alle kennen.

Stichwort Krankenhausinvestitionsumlage: Die CDU/FDP-Landesregierung will die Investitionsfördermittel für Krankenhäuser um 250 Millionen Euro aufstocken. Hiervon müssen Kommunen nach den gesetzlichen Regelungen 40% aufbringen. Da die Krankenhausinvestitionsumlage nach der Einwohnerzahl berechnet wird, lässt sich bei einem kommunalen Anteil aller NRW-Städte von 100 Millionen Euro die Belastung auch von Rheinbach ermessen.

Stichwort Integrationskosten: Im Rahmen eines Bund-Länder-Gipfels hatte man sich auf eine Integrationspauschale in Höhe von 2 Milliarden Euro jeweils für die Jahre 2016 bis 2018 verständigt. Im Landtagswahlkampf wurde von CDU und FDP noch zugesagt, den Kommunen einen großen Teil der auf NRW entfallenden Bundesmittel von jährlich 434 Millionen Euro weiterzuleiten. Der Entwurf des Haushaltsgesetzes 2018 sah vor, diese Mittel vollständig im Landeshaushalt zu belassen. Aufgrund der zurecht geführten öffentlichen Debatte ist nun eine Weitergabe der Integrationspauschale in Höhe von 100 Millionen Euro an die Kommunen vorgesehen. Sie sehen, meine Damen und Herren von CDU und FDP, im Wahlkampf viel versprochen, im Regierungsalltag Wahlversprechen gebrochen.

Stichwort Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern: Wir erinnern uns an die Diskussion im Stadtrat zur auskömmlichen finanziellen Beteiligung des Landes bei diesem Thema. Bei der Unterbringung und Versorgung der zugewiesenen Flüchtlinge werden im Durchschnitt 10.000 Euro pro Jahr und Flüchtling vom Land gezahlt. Dies – so sagt es der Stadtkämmerer – sei für Rheinbach nicht auskömmlich. Für andere NRW-Kommunen ist es aber ausreichend. Und ich darf daran erinnern, dass genau die jetzt gezahlte finanzielle Kompensation der Rheinbacher Bürgermeister als Mitglied des Präsidiums des Städte- und Gemeindebundes mit ausgehandelt und mit dem Land vereinbart hat. Das war noch unter rot-grüner Landesregierung. Aber nachdem sich die politische Farbenlehre in Düsseldorf geändert hat, verhält sich dieser Bürgermeister auffallend still.

Ich stelle fest: Es gab von 2005 bis 2010 in Nordrhein-Westfalen schon einmal eine Landesregierung, die von CDU und FDP gestellt wurde. In diesen Jahren haben wir eine massive Ausblutung kommunaler Finanzen durch die damalige Landesregierung festgestellt. Und aktuell scheint diese Entwicklung zu Ungunsten der nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden unter der Führung von CDU-Ministerpräsident

Laschet wieder salonfähig zu werden. Wo bleibt Ihr Aufschrei, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP?

Meine Damen und Herren,

„Geld gleicht dem Dünger, der wertlos ist, wenn man ihn nicht ausbreitet.“ Soweit ein Zitat des englischen Philosophen Francis Bacon (Baron Bacon von Verulam, 1561 - 1626). Was meint Bacon damit? Wir Sozialdemokraten haben schon im Haupt- und Finanzausschuss bemängelt, dass dem Etatentwurf eine soziale Handschrift fehlt. Der Entwurf schreibt Haushaltsansätze fort und passt sie lediglich aktuellen Entwicklungen an. Es ist keine Prioritätensetzungen erkennbar, wie die Probleme und Sorgen Rheinbacher Bürgerinnen und Bürger gelöst werden sollen.

Soziale Handschrift bedeutet für uns Sozialdemokraten Investitionen in Infrastruktur, Schulen, Kindergärten, Straßen. Straßen bröckeln, in den Schulen liegt manches im Argen, es fehlen bezahlbarer Wohnraum sowie schnelle Internetleitungen in den ländlicheren Gebieten – und das alles, obwohl die Konjunktur brummt. Entsprechend laut sind die Rufe nach höheren öffentlichen Investitionen. Doch in welche Bereiche sollte der Staat investieren, und was bringt es? Wohin mit den Überschüssen, die andere staatliche Ebenen erzielen? Eine aktuell vorgestellte Bertelsmann-Studie – übrigens nicht verdächtig, sozialdemokratisch zu sein – erläutert, Investieren ist eine Möglichkeit, die sich auszahlt. Denn öffentliche Investitionen in Bildung, Wohnungsbau und Infrastruktur lohne sich für alle. Sie könnten nicht nur das Wachstum und die Beschäftigung stärken, sondern auch die Chancengerechtigkeit. Am meisten lohne es sich volkswirtschaftlich, in qualitativ hochwertige Ganztagschulen und Kitas zu investieren. Diese Steigerung sei laut Studienautoren notwendig, weil in vielen Bereichen großer Nachholbedarf herrsche: bei der Qualität in Ganztagschulen und Kitas, einer digitalen und modernen Infrastruktur und bei bezahlbarem Wohnraum für untere und mittlere Einkommen.

Nun weiß ich ja, dass wir im kleinen, beschaulichen und überschaubaren Rheinbach leben. Aber trotzdem sind die Überlegungen richtig, und sie spiegeln sich in den Anträgen der SPD-Ratsfraktion zum Haushaltsentwurf 2018 wieder.

Der dringende Bedarf an preiswertem Wohnraum in Rheinbach ist von der SPD-Fraktion in einer Vielzahl von Anträgen dargelegt worden und bedarf eigentlich keiner Wiederholung. Die Verwaltung hat einen solchen Bedarf lange bestritten und mit Verweis auf vermeintliche Marktmechanismen eine Handlungsnotwendigkeit verneint. Inzwischen kennen wir alle das erste Zwischenfazit zum Thema „Wohnen 2030“.

Aber es dauert viel zu lange. Die Bedarfe und Notwendigkeiten sind klar und bekannt. Ein Handeln ist jetzt gefordert und ein Warten auf das Gutachten „Wohnen 2030“, das die von der SPD seit Jahren benannten Defizite benennt, führt nur zu weiteren vermeidbaren zeitlichen Verzögerungen.

Rheinbach muss in der aktuellen Situation zum Akteur des Wohnungsbaus werden. Die SPD ist ein Anhänger des öffentlichen und insbesondere des kommunalen Wohnungsbaus und der kommunalen Wohnungswirtschaft. Wir glauben, dass modifizierte baurechtliche Regelungen und insbesondere geänderte Fördermargen den sozialen Woh-

nungsbau insgesamt auch für die Kommune als Bauträger interessant machen. Der Wohnungsmarkt darf nicht nur den privaten Eigentümern überlassen bleiben, es bedarf eines öffentlichen Korrektivs.

Die SPD-Fraktion beantragt deshalb – im Haupt- und Finanzausschuss schon vorgetragen – den Haushaltstitel Bauliche Straßenunterhaltung (120102) um 50.000 Euro zu kürzen und diese Mittel, versehen mit einem Sperrvermerk zugunsten des Haupt- und Finanzausschusses, zum Aufbau einer eigenen kommunalen Grundstücks- und Wohnungsbaugesellschaft vorzusehen.

Unter einem späteren Tagesordnungspunkt haben wir Sozialdemokraten zur Kenntnis genommen, dass jetzt CDU und FDP die Verwaltung beauftragen zu untersuchen, in welchem Umfang auf ‚BIMA-Flächen‘ in der Turmstraße eine Wohnnutzung infrage kommen kann. In der Sache ein zustimmungsfähiges Projekt, wenn es denn geistiges Eigentum der beiden Unterzeichner Josten-Schneider und Logemann wäre. Wie oft hat der Bürgermeister von diesem Projekt in unterschiedlichen Gremien über die Bebauungsmöglichkeiten gesprochen, zuletzt bei der Diakonischen Konferenz im März d. J. Also, ich kann beiden Unterzeichner bestätigen: Plagiat können Sie!

Für die SPD-Ratsfraktion, meine Damen und Herren, ist das Thema Bildung sehr wichtig. Rheinbach als Stadt der Schulen muss es ermöglichen, dass alle Rheinbacher Kinder, die es wünschen, auch einen Platz an einer Rheinbacher Schule finden. Das gilt sowohl für den Primar- als auch den Sekundarbereich. Insbesondere die Diskussion um die Beschulung an der Gesamtschule der letzten Wochen ist uns allen noch vor Augen. Der Schulausschuss hat deshalb in seiner letzten Sitzung einem Antrag der SPD zugestimmt und die Verwaltung aufgefordert zu prüfen, ob das aktuelle Raumkonzept angesichts erwartbarer höherer Schülerzahlen aus pädagogischer und finanzieller Sicht ausreichend ist.

Die Diskussion um G8/G9 hält an. Die schwarz-gelbe Landesregierung wird die Entscheidungshoheit darüber an Schulträger und Schulen geben. Abgesehen davon, dass das zu einem unübersichtlichen Flickenteppich führen kann, ist zu befürchten, dass die dabei entstehenden Kosten auch bei den Kommunen hängen bleiben. Erste Überlegungen, ob das Raumangebot am städtischen Gymnasium bei der angekündigten Rückkehr zu G9 noch ausreichend ist, sollten zeitnah angestellt und den Fachausschüssen vorgestellt werden.

An unseren städtischen Schulen wäre der Einsatz von Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern wichtig und richtig. Als es Drittmittel für diese Arbeit gab, hat sich eine Ratsmehrheit verweigert. Jetzt, nachdem der Druck und die Nachfrage immer deutlicher artikuliert wurden und letztlich ein Antrag von Eltern der Rheinbacher Gesamtschule das Thema sehr dringlich auf die Tagesordnung gesetzt hat, gibt es Bewegung. In Rheinbach scheitern leider viele sozialpolitisch richtige Ansätze an CDU und FDP, weil sie nicht in ihr gesellschaftspolitisches Weltbild passen. Es ist manchmal ein Trauerspiel. Dabei wissen wir doch alle um die gute und wertvolle Arbeit. Wir alle wissen, dass diese Arbeit hilft, an anderer Stelle Kosten zu sparen. Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter gehören heute zum Schulalltag.

Das Thema interkommunale Zusammenarbeit, meine Damen und Herren, hat die SPD-Fraktion auch in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses angesprochen. Ich wiederhole und beantrage, beim städtischen Bauhof eine globale Minderausgabe in Höhe von 100.000 Euro mit einem Sperrvermerk zugunsten des Haupt- und Finanzausschusses aufzunehmen. Es geht darum, Geschäftsprozesse zu analysieren und zu optimieren. Kann dies als Insellösung in Rheinbach geschehen oder ist eine interkommunale Zusammenarbeit denkbar? Es muss – wie in vielen anderen Kommunen auch – doch möglich sein, gleiche Geschäftsprozesse über mehrere Organisationseinheiten zu optimieren. Wir müssen uns auf den Weg machen, den städtischen Bauhof stärker als einen Wirtschaftsbetrieb zu begreifen. Aufnahme und realistische Bewertung des vorhandenen Vermögens, realistische Kalkulation und Berechnung der tatsächlichen Stundensätze für Personal und Gerät, Aufbau einer prüfbaren und wirkungsvollen Kostenrechnung sowie und konsequente Umsetzung der Ergebnisse in die Praxis. Das ist zwar eine schwierige und umfangreiche Aufgabe, die bei einigen Beteiligten auf Widerstand stoßen wird, aber viele Städte und Gemeinden haben mit dieser Maßnahme beste Erfolge erzielt. Nur so kann man verstecktes Potenzial erkennen und betriebswirtschaftliche Missstände aufdecken und abstellen.

Für den Komplex Stadt- und Verkehrsentwicklung haben wir Sozialdemokraten deutlich gemacht, dass in Rheinbach ein stärkerer Fokus auf den nicht motorisierten Verkehr gelegt werden muss. Wir haben vorgeschlagen, ich wiederhole und beantrage dies heute erneut, beim Haushaltsansatz Bauliche Straßenunterhaltung (120102) Mittel in einer Höhe von 100.000 Euro explizit zur Attraktivitätssteigerung für Radfahrerinnen und Radfahrer einzusetzen und weitere 50.000 Euro für eine stärkere Barrierefreiheit für Fußgängerinnen und Fußgänger im öffentlichen Straßenraum vorzusehen. Mobilität in einer Stadt drückt sich nicht mit einem Blick durch die Windschutzscheibe des Autos aus.

Ich will mich inhaltlich nicht weiter zum Thema Monte Mare äußern, auch wenn dies vielleicht erwartet wird. Unsere ablehnende Haltung zur Schlechterstellung der Stadt Rheinbach im vertraglichen Verhältnis zum Badbetreiber ist bekannt. Ich will abschließend nur noch die Position der SPD-Fraktion zum Bereich Hebesätze darlegen. Es ist für uns Ausdruck einer weiteren sozialen Schieflage des Etatentwurfs, wenn ausschließlich an der Gebührenschaube gedreht und Steuern erhöht werden, um 2021 zu einem Haushaltsausgleich zu kommen. Und das an dieser Stelle die Bezeichnung „Schönrechnen“ zulässig ist, drückt sich schon alleine durch die Tatsache aus, dass für das Jahr 2021 in der Finanzplanung ein Überschuss in Höhe von lediglich rund 2.000 Euro ausgewiesen wird. Nach der Finanzplanung wird für das Jahr 2021 ein Hebesatz bei der Grundsteuer B von 753 Punkten vorgesehen. Man ahnt es bereits, dass damit noch lange nicht das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Bei dem Tempo, das Bürgermeister, CDU und FDP an den Tag legen, erscheint ein Hebesatz von 1.000 Punkten bei der Grundsteuer B im Jahr 2021 durchaus als realistisch. Das wäre dann innerhalb von fünf Jahren fast eine Verdoppelung des Hebesatzes. Und wie sich jetzt das aktuelle Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Grundsteuer auswirken wird, bleibt abzuwarten. Es bleibt spannend.

Und wie sieht es bei der Gewerbesteuer aus: Keine weitere Anpassung, kein Gleichklang von Grundsteuer und Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer steigt bis 2021 zwar auch leicht und moderat, bewegt sich aber lediglich in dem bereits vor geraumer Zeit beschlossenen Korridor. Es findet keine Anpassung an aktuelle Entwicklungen statt. Auf dem Altar der Haushaltskonsolidierung müssen jetzt in erster Linie die bescheidenen Einfamilienhausbesitzer und Mieter bluten.

Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

ich möchte meinen Dank an die Verwaltung aussprechen, allen voran Herrn Stadtkämmerer Walter Kohlosser und Herrn Bürgermeister Stefan Raetz, die – wie in jedem Jahr – ein außerordentlich umfangreiches Zahlenwerk zusammengestellt haben. Die mit der Zusammenstellung verbundene Arbeit lässt sich von meiner Seite aus sicherlich nur erahnen. Bitte geben Sie das Lob der SPD-Fraktion auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter, die an diesem Haushaltsentwurf mitgearbeitet haben.

Meine Damen und Herren,

die SPD-Fraktion hat in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses Vorschläge unterbreitet, dem Haushalt der Stadt ein soziales Gesicht zu geben. In den Osterferien hat es vereinbarungsgemäß interfraktionelle Gespräche gegeben, in der die unterschiedlichen Positionen ausgetauscht und bewertet wurden. Von den haushaltstragenden Fraktion CDU und FDP sind die Vorschläge der SPD allesamt mit der kalten Macht ihrer Mehrheit abgelehnt worden.

Wir stimmen heute abschließend über die Anträge der SPD im Rahmen der Haushaltsberatungen ab. Hier wird sich zeigen, ob es eine Grundlage für eine Zustimmung zum Haushalt geben kann. Auch ohne ein besonderer Prophet zu sein, gehe ich davon aus, dass Sie mit Stimmen aus der SPD-Ratsfraktion zum Haushalt 2018 nicht rechnen können.

Ich schließe mit einem Zitat von Albert Einstein: „Es ist schwieriger, eine vorgefasste Meinung zu zertrümmern als ein Atom.“ Bewegen Sie sich, liebe haushaltstragende Fraktionen, auf Ihre politischen Mitbewerber zu: Zum Wohle der Stadt Rheinbach.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.